



Die Zukunft des französischen Rentensystems sieht düster aus. Laut einem Bericht des Rechnungshofs, der am 20. Februar vorgelegt wurde, wird das Defizit bis **2035 auf 15 Milliarden Euro** anwachsen und bis **2045 rund 30 Milliarden Euro** erreichen. Danach seien die Unsicherheiten zu groß, um verlässliche Prognosen zu treffen, so die Experten.

Diese Zahlen decken sich weitgehend mit den Prognosen des Rentenorientierungsrats (COR), der für das Jahr 2024 ein Defizit von **6,1 Milliarden Euro** und für 2030 einen Fehlbetrag zwischen **10 und 15 Milliarden Euro** erwartet. Premierminister François Bayrou hatte in seiner Grundsatzrede am 14. Januar 2025 allerdings **von 45 bis 55 Milliarden Euro** gesprochen – eine Einschätzung, die weit über den bisherigen Berechnungen liegt.

Die Reform von 2023: Kurzfristiger Erfolg, langfristige Zweifel

Die im Jahr 2023 beschlossene Rentenreform, die das gesetzliche Renteneintrittsalter um zwei Jahre anhebte, wird laut Rechnungshof zunächst **positive finanzielle Effekte** haben. Bis 2030 soll sie **10 Milliarden Euro** einbringen, mit einem Höhepunkt im Jahr 2032. Doch langfristig verliert die Reform an Wirkung: **Ab 2040 schwindet ihr Nutzen für die Finanzstabilität des Systems**, so der Bericht. Der Grund? **Die steigende Lebenserwartung**. Wer nach 1970 geboren wurde, verbringt schlicht mehr Jahre im Ruhestand, was die Einsparungen wieder relativiert.

Neue Maßnahmen – aber welche?

Der Rechnungshof untersuchte auch weitere potenzielle Reformschritte, darunter eine erneute Anhebung des Rentenalters um ein Jahr. Das Fazit: Kurzfristig würde das helfen, doch **die Wirkung wäre begrenzt**. Eine Änderung der Beitragsjahre hingegen hätte zunächst einen geringeren Effekt, würde sich aber langfristig stärker auswirken.

Die Frage bleibt: **Welche Maßnahmen sind nötig, um das Rentensystem nachhaltig zu stabilisieren?** Der Bericht legt nahe, dass einfache Lösungen kaum ausreichen werden.

Von C. Hatty